Deutscher Bundestag **Drucksache 14/4645**

14. Wahlperiode 14. 11. 2000

Antrag

der Abgeordneten Johannes Singhammer, Karl-Josef Laumann, Maria Eichhorn, Brigitte Baumeister, Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Thomas Dörflinger, Rainer Eppelmann, Anke Eymer (Lübeck), Ilse Falk, Ingrid Fischbach, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Klaus Holetschek, Walter Link (Diepholz), Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Hans-Peter Repnik, Franz-Xaver Romer, Heinz Schemken, Dorothea Störr-Ritter, Andreas Storm, Matthäus Strebl, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau) und der Fraktion der CDU/CSU

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme öffentlich machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die neue Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes belegt:

   Die Deutschen werden immer älter und es werden immer weniger. Die Lebenserwartung bei der Geburt beträgt derzeit für Männer fast 75 und für Frauen fast 80 Jahre. 60-Jährige können damit rechnen, 79 Jahre (Männer) bzw. 84 Jahre (Frauen) alt zu werden. Noch 1965 wurden in Deutschland 1 325 386 Kinder geboren, 1999 gerade mal 770 000. Früher hat – statistisch betrachtet – eine Frau 2,5 Kinder geboren, jetzt nur noch 1,4. Zum Erhalt der Bevölkerung sind aber 2,1 Geburten nötig.

   Aus der demographischen Pyramide und einem Tannenbaum wird künftig ein demographischer Pilz: Gegenwärtig kommen auf 10 Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren 4,3 Personen, die 60 Jahre oder älter sind, im Jahr 2030 sind es ca. 7,5 Personen über 60 Jahre (9. koordinierte Bevölkerungsprognose, Variante 1). Der Anteil der jungen Menschen bis zu 20 Jahren geht um ein Viertel von heute 21,1 Prozent auf ca. 16 Prozent zurück. Die Bevölkerungszahl sinkt von heute 81,95 Millionen auf 74,75 Millionen ab, das Durchschnittsalter nimmt um ca. 2 Jahre zu. Der heutige Generationenvertrag wird damit in der Zukunft faktisch durch zu wenig Kinder und Familien aufgekündigt.

   Dies hat vielfältige direkte und indirekte Auswirkungen auf soziale Sicherungssysteme. Neben den unmittelbaren Effekten auf die Beitragszahler- und Versichertenstruktur sind mittelbare Auswirkungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand, Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Infrastruktur und öffentliche Finanzen zu berücksichtigen.

2. Der demographische Wandel stellt schon heute das gewohnte System sozialer Sicherheit zunehmend in Frage:

   – So stieg die durchschnittliche Rentenbezugsdauer von 10,5 Jahre (1965) auf 16,3 Jahre (1999). Das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern hat sich entschieden verändert: Die Zahl der Rentner hat sich von 1965 bis 1999 verdoppelt, die Zahl der Beitragszahler stieg nur um ein Viertel.

   – Behandlungskosten für Kranke steigen naturgemäß mit einem höheren Anteil älterer Menschen an. Eine DIW-Studie prognostiziert allein aufgrund der Alterung bei konstanter Medizintechnik im Jahr 2040 einen Beitragssatz von etwa 15,5 Prozent; allerdings sollen es bei zunehmendem medizinischen Fortschritt 23 Prozent werden. Die Beitragssätze kletterten bereits in der Vergangenheit von 8,2 Prozent (1970) auf ca. 13,5 Prozent (2000).

   – Von der Pflegeversicherung erhalten ca. 1,7 Millionen Pflegebedürftige Leistungen, davon ca. 1,24 Millionen zu Hause. Durch die demographische Entwicklung rechnet man bis zum Jahr 2010 mit weiteren 350 000 Pflegebedürftigen. Ab 1999 stellten sich Defizite ein, die andauern (2001: 910 Mio. DM, 2002: 750 Mio. DM, 2003: 450 Mio. DM, 2004: 460 Mio. DM) und die Finanzreserve von 1998 mit ca. 10 Mrd. DM stetig abschmelzen.

   – Das Erwerbspersonenpotential wird sich bis zum Jahr 2030 demographisch in einer Größenordnung von ca. 20 Prozent vermindern. Dies kann z. B. das volkswirtschaftliche Wachstum als Finanzierungsbasis insgesamt behindern und führt zu einem erheblichen Ausfall an potentiellen Beitragszahlern in gesetzlichen und privaten Sicherungssystemen. Auf dem Arbeitsmarkt klagen schon heute – trotz der noch hohen Arbeitslosigkeit – Betriebe über Fachkräftemangel.

3. Allein Zuwanderung würde unser demographisches Problem nicht lösen. Denn auch unter Berücksichtigung eines Zuwanderungssaldos von 100 000 Ausländern im Jahr (9. koordinierte Bevölkerungsprognose, Variante 1) sinkt die Bevölkerung in Deutschland von 81,95 Millionen im Jahr 2000 auf ca. 64,4 Millionen im Jahr 2050. Nach Modellrechnungen der Vereinten Nationen wäre eine jährliche Zuwanderung von 3,4 Millionen Personen nach Deutschland nötig, damit die zahlenmäßige Relation der 15- bis 64-Jährigen zu den über 64-Jährigen konstant, also das ein Bevölkerungsgleichgewicht erhalten bleibt. Eine Zuwanderung in einer solchen Größenordnung – zumal wenn sie ungesteuert erfolgt – würde die deutsche Bevölkerung überfordern. Die heimliche Bevölkerungspolitik in Form der derzeit stattfindenden Zuwanderung muss überdacht und geordnet werden.

4. Wir brauchen eine nachhaltigere Politik für Familien, um die Hemmnisse abzubauen, die Eltern von der Realisierung ihrer Kinderwünsche abhalten. Wenn junge Paare sich auf eine langfristige, staatliche Unterstützung und auf eine realistische Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlassen können, haben sie die Freiräume, sich für Kinder zu entscheiden und damit zum Generationengleichgewicht beizutragen. Es geht darum, Menschen Freiräume zu eröffnen, ihr Leben nach den eigenen Präferenzen zu gestalten, denn Kinder und Familie haben nach wie vor für die ganz überwiegende Mehrheit der jungen Menschen einen herausragenden Stellenwert. Mit einer zuverlässigen und zielgerichteten Familienpolitik kann der dramatischen Bevölkerungsentwicklung entgegengewirkt werden.

   Das immer größer werdende Ungleichgewicht zwischen Kinderlosen und Familien führt zu einer faktischen Aufkündigung des Generationenvertra-

ges. Deshalb bleiben die aktuell geplanten oder angedachten Reformen in den sozialen Sicherungssystemen wie Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung ohne eine zukunftsgerichtete Familienpolitik nur Stückwerk.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Bundesregierung soll in einem Bericht an den Deutschen Bundestag die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme offen legen. Der Bericht ist im Jahr 2001 vorzulegen.
2. Der Bericht muss konkrete Schlussfolgerungen und Vorschläge zu einer nachhaltigen, familienorientierten Politik für eine bessere Realisierung des Kinderwunsches der Eltern und zur zielgerichteten Reformierung der sozialen Sicherungssysteme enthalten.

Berlin, den 6. November 2000

Johannes Singhammer
Karl-Josef Laumann
Maria Eichhorn
Brigitte Baumeister
Wolfgang Dehnel
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Ingrid Fischbach
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Klaus Holetschek
Walter Link (Diepholz)
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Hans-Peter Repnik
Franz-Xaver Romer
Heinz Schemken
Dorothea Störr-Ritter
Andreas Storm
Matthäus Strebl
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333